

Erhard Stölting

Festung Europa. Grenzziehungen in der Ost-West-Migration

Zusammenfassung: Die Auflösung der west-östlichen »Systemgrenzen« weckt seit 1990 die Furcht vor einer massiven Einwanderung aus Osteuropa und der Sowjetunion, obwohl bislang nur eine kontrollierte Immigration stattgefunden hat. Diese Furcht greift auf Weltbilder zurück, die ihrerseits mit politischen Maßnahmen der EG und der ostmitteleuropäischen Länder korrespondieren. Den unterschiedlichen Armuts- und Arbeitslosigkeitsstrukturen entsprechen aber auch fortbestehende Mentalitäten, die sich in unterschiedlichen potentiellen Umgangsformen mit Minoritäten äußern.

Einleitung

Der Zusammenbruch des Sozialismus im östlichen Europa hat auch die westliche Welt verunsichert, der der »Ostblock« bislang ein zuverlässiger Feind gewesen war. Noch Anfang 1989 war kaum vorhersehbar, daß die Kommunisten ihre Machtpositionen so rasch räumen würden. Die sozialistischen Gesellschaften schienen zwar arm und reformunfähig, aber doch stabil zu sein. Mit ihren Regierungen war eine langfristige Kooperation denkbar. Der schleichende Legimitätszerfall wurde daher zunächst weniger unter dem Blickwinkel eines baldigen Zusammenbruchs, als unter dem eines zunehmenden und erfreulichen Pragmatismus gesehen.

Voraussetzung der Stabilität war die Anerkennung des grundsätzlichen Unterschieds der »Systeme«. Die Grenzanlagen zwischen West und Ost, deren überragendes Symbol die Berliner Mauer war, trennte Freiheit und Unfreiheit, Wahrheit und Unwahrheit, Gut und Böse. Wer aus den sozialistischen Ländern in den Westen flüchtete, wurde als Flüchtling anerkannt oder zumindest nicht zurückgeschickt. Es schien unproblematisch, im Namen der Menschenrechte eine Öffnung der Grenzen zu fordern. So blieb unbeachtet, daß die schier unüberwindlichen Grenzanlagen auch den Westen schützten. Die Reisefreiheit, unter der niemand Einreisefreiheit verstand, konnte in die KSZE-Bestimmungen aufgenommen werden. Die Gefahren oder Chancen großer Migrationsbewegungen wurden nur als Nord-Süd-Problem diskutiert. In der 1990 erschienenen umfassenden Migrationsstudie von Körner kommt die Ost-West-Wanderung noch nicht vor (Körner 1990). Massenfluchten begannen mit der politischen Krise und sie erschienen bedrohlicher als die aus Ungarn 1956 oder aus der Tschechoslowakei 1968. Die konstante

innerdeutsche Migration vor dem Mauerbau 1961 befriedigte sogar die wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften in der damals expansiven Wirtschaft der Bundesrepublik. Mit dem Mauerbau begann die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. »Unkontrolliert« sollten die Wanderungsbewegungen auf keinen Fall sein. Selbst die klassischen Einwanderungsländer bemühten sich inzwischen, die legale Einwanderung strikt zu regulieren und die illegale zu verhindern (Körner 1990, S. 26-28). Das Problem schienen spontane Flüchtlingsströme zu sein, für die Regulierungen erdacht wurden, aber auch xenophobe Reaktionen der einheimischen Bevölkerungen, die zu politischen Destabilisierungen führen könnten. Daß die Massenwanderungen sich nicht nur von Süden nach Norden, sondern auch von Osten nach Westen in Bewegung setzen könnten, wurde erst jetzt bewußt. Nun beunruhigten die Fluchten auch dann, wenn sie zum Tadel oder zur Bedrohung der östlichen Regimes garieten.

Anfang 1991 kaperten Albaner sechs Schiffe, um Zuflucht in Italien zu suchen, das ihnen aus dem Fernsehen wohlvertraut schien. Obwohl nur 6000 Personen Einlaß begehrten, waren die italienischen Behörden überfordert. Es fehlten Unterkünfte, Nahrungsmittel und sanitäre Einrichtungen. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Einige der Flüchtlinge wurden in andere Landesteile gebracht, andere machten sich illegal auf eigene Faust auf den Weg, wieder andere wurden zurückgeschickt (Fiedler/Schlögl 1991). Eine panikartige Flucht war schon im Sommer 1989 einer der Anstöße zum Sturz der SED-Herrschaft in der DDR gewesen. Auch hier zeigte sich das aufnehmende Land bald überfordert. In der einheimischen Bevölkerung begannen Aversionen zu wachsen, die sich nach den Grenzöffnungen verstärkten (Donovan 1989; Obrman 1989).

Die politischen Umbrüche in Osteuropa machten mithin nicht nur historische Räume und Differenzen wieder kenntlich, sie versetzten Osteuropa symbolisch in die Grenzzone zwischen Erster und Dritter Welt. Die Furcht vor den Menschenfluten identifiziert die Osteuropäer mit der Dritten Welt, während kulturell von Rückkehr nach Europa, von Mitteleuropa usw. die Rede blieb.

In einem ersten Zugang läßt sich diese Haltung in einer allgemeinen Regel fassen. Für Individuen oder sehr kleine Gruppen können in der Regel Platz und Lebensmöglichkeiten gefunden werden. Die Hilfsbereiten können sich feiern. Größere Mengen schaffen nicht nur praktische Probleme, sie lösen Ängste aus, selbst wenn, wie im Falle der DDR-Flüchtlinge von 1989, die kulturellen Unterschiede minimal sind. Zwar betraf die Genfer Konvention von 1951 und die ergänzenden entterminierenden Protokolle von Bellagio Personen, die wegen gut begründeter Angst vor Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, Mitgliedschaft in einer sozialen Gruppe oder einer politischen Auffassung unfähig oder unwillig sind, in ihr Heimatland zurückzukehren (Joly und Nettleton 1990; Melander 1987). Aber Angehöriger einer verfolgten Bevölkerungsgruppe zu sein, genügt als Asylgrund nicht: Asyl wird nur bei individuell zuschreibbarer Verfolgung gewährt. Das populäre Gefühl entspricht hier den staatsrechtlichen Deutungen. Besonders deutlich wurde dies an der Auswanderungswelle, die mit dem Sturz Ceausescus Ende 1989

einsetzte. Die Migranten waren überwiegend Zigeuner, ihr Zielland überwiegend Deutschland. Auch ihre Anwesenheit überforderte die Behörden und weckte Aggressionen. Daß sie ausgerechnet Deutschland bevorzugten, wo fünfzig Jahre zuvor 800.000 Zigeuner ermordet worden waren, ist Indikator für das Bild märchenhaften Reichtums, das vielfach in Osteuropa mit der Bundesrepublik verbunden wird.

Die Freigabe der Ausreise in den ehemals sozialistischen Staaten konnte auf allgemein humanitären Erwägungen beruhen. Sie ermöglichte aber auch Hoffnungen auf günstige interne Effekte, die stets mit Emigrationen verbunden wurden: eine Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes und Deviseneinnahmen durch Geldüberweisungen der temporären Migranten (Körner 1990, 81-82). In extremen Fällen war die Erwägung nicht ausgeschlossen, daß man auf diesem Wege lästige ethnische oder kulturelle Minoritäten loswerden könne.

In Westeuropa weckte diese drohende Migration Ängste. Sie setzte nationale und übernationale Administrationen in Bewegung, ohne daß irgendwelche Lösungsmöglichkeiten erkennbar wurden. Im Migrationsproblem wurde Osteuropa zur Dritten Welt: »The Russians Are Coming« (The Economist), »Ansturm auf die Wohlstandsfeste« (Der Spiegel).

Bislang ist allerdings noch wenig geschehen. Die Furcht basiert auf Prognosen. Da die Umstellung auf die Marktwirtschaft in Osteuropa schwierig werden und zunächst Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit bringen würde, schien es klar, daß nun Arbeitssuchende in großer Zahl nach Westen kommen würden, solange das Kapital nicht im Osten Arbeitsplätze schüfe. Das ist angesichts der maroden Infrastruktur, zu deren Sanierung kein Geld vorhanden ist, mittelfristig jedoch unwahrscheinlich. Besonders alarmierte aber die Ankündigung, daß auch die sowjetische Regierung ihren Bürgern entsprechend den KSZE-Regelungen Ausreisefreiheit zu gewähren wolle; sie wurde zunächst für Anfang 1991 angesetzt und dann auf Mitte 1991 verschoben.

Die Konferenz des Europarates vom Januar 1991 hatte damit ihr Thema (Agiros 1991). Eine hierfür in Auftrag gegebene Studie von Chesnais prognostizierte zwischen drei und zwanzig Millionen Migranten (Chesnais 1990). Diese Einschätzung war nicht viel genauer, als andere, die schon im Umlauf waren. 25 Millionen seien bis Ende des Jahrzehnts zu erwarten, wurde schon auf dem KSZE-Gipfel Ende November 1990 in Paris behauptet. Sowjetische Vertreter nutzten hohe Flüchtlingszahlen als Druckmittel: Sollte die EG keine massive Wirtschaftshilfe gewähren, sei mit zwei bis drei Millionen Flüchtlingen zu rechnen, meinte der sowjetische Botschafter bei der EG, Vladimir Schemjatenkow, Anfang Januar 1991. Bei der ILO in Genf sprach der Vorsitzende des sowjetischen Staatskomitees für Arbeit und Sozialwesen Vladimir Schtscherbakow von sechs Millionen Westwanderern, von denen die Hälfte mangels geeigneter Ausbildung chancenlos sei - bei einer sowjetischen Arbeitslosigkeit von insgesamt dreißig Millionen (Simonitsch 1991).

Die inneren Probleme der Sowjetunion erschienen damit als potentielle Gefähr-

dung Westeuropas, sollte sich ein vor Arbeitslosigkeit, politischer Repression oder nationalen Konflikten flüchtender Menschenstrom in Bewegung setzen. Wie groß er würde, hing von nicht vorhersehbaren Ereignissen ab. Die Ungewißheit machte genauere Prognosen unmöglich, ermöglichte aber die Entfaltung oder Verdrängung von Angst. Nun wurde das Argument wichtig, daß zwar jeder das grundlegende Recht habe, sein Land zu verlassen, daß es ein Menschenrecht, andere Länder zu betreten, jedoch nicht gebe. Jeder Staat dürfe seine Grenzen gegen unerwünschte Eindringlinge sichern. Bisher waren die meisten Ost-West-Migranten Asylbewerber gewesen, für die das Zielland überwiegend die Bundesrepublik war. Hierher kamen noch 1990 mehr als die Hälfte aller Asylbewerber aus Osteuropa (Kruse und Schurz 1991). Angesichts der Gefahr einer massenhaften Abwanderung und unter Berufung auf die politischen Veränderungen selbst wurden in allen westeuropäischen Ländern die Aufnahmebedingungen verändert.

Der potentielle Migrantstrom läßt sich differenzieren. Es lohnt, ihn an jenen spezifischen gesellschaftlichen Spannungen zu unterscheiden, die innerhalb der »Muttersgesellschaft« nicht lösbar zu sein scheinen. Bei ihnen verbindet sich mit der Wanderung die Hoffnung auf eine je spezifische Konfliktlösung (Kubat/Hoffmann-Nowotny 1981). Gefördert wird die Migrationsbereitschaft auch durch kulturelle Spezifika, die ethnische Milieus ebenso kennzeichnen können wie Lebensalter und Lebensumstände. So ist die Migrationsbereitschaft bei Zigeunern üblicherweise überdurchschnittlich hoch. Ähnliches gilt für Personen, die jung und ledig sind. Schließlich gibt es länderspezifische Migrationsbereitschaften, die mit den Modernisierungen selbst steigen - etwa dem Urbanisierungsgrad, der in Osteuropa stark angestiegen ist (Kosinski 1977; Kosinski 1971). In Migrationsprozessen können sich auch ältere Traditionen fortsetzen. So ist in der Sowjetunion - vor allem bei den Europäern - die Bereitschaft zur Binnenmigration hoch (Sheehy 1989).

Eine ganz andere Migrationsform ist jene, in der ethnische oder religiöse Gruppen zu wandern beginnen, weil sich die Konstellation, in der sie bisher lebten, zum Schlechteren veränderte oder weil sie in der Ferne eine substanzielle Verbesserung ihrer Existenz erhofften.

Arbeitsmigranten

Eine aus individuell-rationalem Kalkül migrierende Gruppe hat sich bereits 1989 in Bewegung gesetzt. Es handelt sich um junge und beruflich hochqualifizierte Personen, die mit guten Beschäftigungsmöglichkeiten in den technisch avancierten Industrieländern rechnen - also um Ingenieure, Naturwissenschaftler, Ärzte usw., die anders als Lehrer oder Juristen mit ihrer Qualifikation nicht an ihren spezifischen Kultur- oder Sprachkreis gebunden sind. Wichtig wird dieser »brain drain« vor allem in Ländern, deren Ausbildungsqualität die wissenschaftlich-technische Basis übersteigt. Das gilt etwa für Bulgarien seit Herbst 1989. Neben Zi-

geuern und in der Landwirtschaft beschäftigten Türken waren es vor allem junge und hochqualifizierte Personen, die dieses Land verließen. Ein Viertel der Emigranten hatte Oberschulbildung, 15 Prozent verfügten über einen Abschluß in Naturwissenschaften oder hatten ein postgraduales Studium absolviert (Gavrilov 1990). Zwei Drittel waren jünger als vierzig Jahre alt und verfügten über kulturunabhängige, also exportierbare Kenntnisse. Das gleiche gilt für jene Emigranten aus Rumänien, die weder Zigeuner, Ungarn oder Deutsche waren. Sie waren überwiegend jünger als 35 Jahre. Überrepräsentiert unter ihnen waren Facharbeiter, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Ärzte.

Quantitativ ungleich wichtiger sind jene, die im Umstellungsprozeß auf marktwirtschaftliche Verhältnisse freigesetzt werden. Die Gründe für ihre erwartete Arbeitslosigkeit sind bekannt: Die Öffnung zum Weltmarkt führt zum Zusammenbruch nicht konkurrenzfähiger Unternehmen. Aber auch die überlebenden Unternehmen setzen Arbeitskräfte frei, die bisher vom System mitgetragen wurden. Die sozialistischen Verfassungen hatten ein »Recht auf Arbeit« festgeschrieben, das für die Betriebsleitungen bindend war. Aus Angst vor Engpässen, die die Planerfüllung gefährdeten, horteten sie nicht nur Rohstoffe und Maschinen, sondern auch Arbeitskräfte, denn bei den vielen Stockungen des Produktionsablaufes waren die Pläne nur erfüllbar, wenn auf große Arbeitskraftreserven zurückgegriffen werden konnte (Lavigne 1990, 38). So bestand eine verdeckte Arbeitslosigkeit, die mit der Aufnahme der Marktbeziehungen zur offenen werden mußte. Allerdings sind die Statistiken noch immer ungenau. Anfang 1990 soll es in der Sowjetunion 4 Prozent Arbeitslose gegeben haben, wobei die Zahlen aber erheblich differierten. In Mittelasien, dem Armenhaus der Sowjetunion, war von sechs Millionen - überwiegend einheimischen - Arbeitslosen die Rede (Peterson 1990).

Schon hier zeigt sich ein Problem der Prognostik. Die autochthonen Bevölkerungen Mittelasiens sind trotz extremer Arbeitslosigkeit sehr viel seßhafter als russische oder ukrainische Arbeiter und Mittelschichten (Sheehy 1989). Es ist vor allem der potentielle Zustrom der unqualifizierten Arbeitskräfte, der Ängste aktualisiert. Die Migranten wären bereit, für weniger Lohn als Einheimische zu arbeiten und gefährdeten damit deren erreichtes materielles und soziales Niveau. Die Xenophobie ihnen gegenüber hat hier eine klassische materielle Basis, die schon für das 19. Jahrhundert am Gegensatz von englischen und irischen Arbeitern beschrieben wurde (Engels 1970, 321-324). Die als billige Konkurrenten auftretenden Arbeitsmigranten haben die Attribute der gefährlichen Unterschichten. Meist aber wecken oder verstärken diese Gründe darüber hinausreichende tradierte Bestände feindseliger Bewertungen. Die Migrationsmuster könnten sich jenen angleichen, die von den bisherigen Arbeitsmigranten ausgebildet wurden. Bei größerer räumlicher Nähe ist auch eine verstärkte Pendelwanderung denkbar, deren Umfang gegenwärtig kaum prognostizierbar scheint.

Schließlich kommen als Migranten auch Gewerbetreibende ins Blickfeld, die die Inkompatibilität von planwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Strukturen ebenso auszunutzen verstehen wie die Grenzziehungen zwischen Legalität und

Illegalität. Sie wecken spezifische Stereotype. So durchstreiften Polen, die als erste Reisefreiheit genossen, als Fernhändler ganz Mittel- und Osteuropa. »Polenmärkte« gab es seit 1988 in West-Berlin, Lwow, Budapest und Istanbul. In den noch planwirtschaftlichen Staaten entstanden Aversionen, weil die privaten Händler subventionierte Waren aufkauften und so den Konsumgütermarkt leertefen. Für die dortigen Konsumenten verschärfte sich dadurch die übliche Warenknappheit, dem Staat entstand durch die unfreiwillige Subventionierung ausländischer Kaufleute ein Verlust. Aversionen entstanden in den marktwirtschaftlichen Ländern, weil der unregulierte Handel die durch Steuern und Abgaben belasteten einheimischen Preise unterlief und sich jeder regulierenden staatlichen Kontrolle entzog. Der Ruf nach der Polizei und der Verdacht auf die Bildung krimineller Milieus lag nahe. Die Furcht vor wachsender organisierter Kriminalität läßt sich von den Mechanismen, mittels derer die west-ösliche Wohlstandsgrenze gewinnbringend genutzt werden kann, rekonstruieren (Yazdgerdi 1990). Das Wirtschaftsgefälle zwischen Ost und West ist aber ein eher absehbarer Faktor, der die Ost-West-Migration fördern wird. Weit unberechenbarer sind jene Flüchtlingsströme, die durch die wachsenden ethnischen Aggressionen hervorgerufen werden können.

Flüchtlinge

In ganz Osteuropa sind mit der Abkehr vom Sozialismus die nationalen Spannungen gestiegen. Eine der ersten sozialen Gruppen, die Objekt von Feindseligkeit wurden, waren die ausländischen Arbeiter, obwohl ihre Zahl nach westeuropäischen Maßstäben gering war. Sie machten in Osteuropa weniger als 0,5 Prozent der Beschäftigten aus. Insgesamt gab es 1989 in den ehemals sozialistischen Ländern etwa 200 000 Gastarbeiter aus der Dritten Welt. Die meisten waren Vietnamesen, Angolaner, Mocambiquaner, Äthiopier, Angolaner oder Kubaner. Überwiegend wollten sie bleiben oder nach Westen weiterwandern (Simonitsch 1991). Neben den Zigeunern waren sie das erste Aggressionsobjekt in ganz Osteuropa. In der ehemaligen DDR kam es zu Übergriffen, die bei der Bevölkerung nicht auf offene Ablehnung stießen (Der Spiegel, 11. März 1991, S. 101-103). In der Tschechoslowakei war die Situation nicht viel anders (Yazdgerdi 1990, 11). Nicht zuletzt in Antizipation volkstümlicher Aversionen, streben auch die Regierungen eine Rückführung der ausländischen Arbeiter an. So beschloß die tschechoslowakische Regierung schon am 23. April 1990, daß die ausländischen Arbeiter das Land vor 1995 zu verlassen hätten (Pehe 1990).

So klein die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte relativ und absolut gewesen ist, im Verhältnis zu ihnen zeigt sich ein fortbestehender Unterschied zwischen West und Ost. Auch für die liberaleren Länder, zu denen die Tschechoslowakei zählt, gehört eine Einwanderung nicht zum Arsenal des Vorstellbaren. Das gilt noch weniger für jene Regionen, in denen nationale Leidenschaften und intereth-

nische Spannungen Flüchtlingsströme in Bewegung setzten könnten. Geht es in Westeuropa um die Mechanismen von übernationaler Integration, Regionalisierung und den möglichen Platz zugewanderter Bevölkerungen, geht es im Osten um nationale Souveränität und das Ausmaß wünschenswerter Toleranz gegenüber lange ansässigen Minderheiten. In Osteuropa und Ostmitteleuropa werden damit Tendenzen fortgesetzt, die die ganze Region in den letzten hundert Jahren tiefgreifend umgestalteten. Die nach dem Ersten Weltkrieg aus der Konkursmasse der großen Reiche gebildeten Nationalstaaten hatten das Vielvölkererbe weitergetragen. Jeder von ihnen verfügte über größere »fremde« Minoritäten. Ihnen gegenüber waren tolerantere oder intolerantere Strategien möglich, immer jedoch stellten sie aus dem Blickwinkel der herrschenden Nation ein »Problem« dar. Nicht einmal der Ausgang des Zweiten Weltkriegs vollendete die ethnischen Homogenisierungen (Kosinski 1969). Zwar gab es außer in Rumänien und der Sowjetunion keine kompakten deutschen Minoritäten mehr, aber auch weiterhin lebten Slowaken in Ungarn, Ungarn in Serbien, Serben in Rumänien, Rumänen in der Ukraine, Ukrainer in Polen usw. Die nationale »Problematik« blieb umso akuter, als die herrschenden kommunistischen Parteien den Nationalismus als politisch-gesellschaftlichen Integrationsfaktor subsidiär zur marxistisch-leninistischen Ideologie einsetzten. Als sich deren legitimatorische Wirkung seit den ausgehenden sechziger Jahren immer mehr abschwächte, wurden nationalistische Mechanismen eingesetzt. Das galt nicht nur für Polen und die Tschechoslowakei, sondern auch für Rumänien und Bulgarien, die in den ersten Nachkriegsjahren, den nationalen Minderheiten besondere Rechte eingeräumt hatten. Nun ließ sich über die ungarische Minorität in der Slowakei Druck auf die ungarische Regierung ausüben, die türkische Minorität ließ sich schikanieren, um angesichts einer »türkischen Gefahr« die Bevölkerung hinter der bulgarischen Regierung zu einen. Aus den gleichen Gründen konnte Ceausescu die Ungarn Siebenbürgens drangsaliieren und deren Protest als Separatismus geißeln. Vielfach setzten die nationalistischen Kräfte schon länger verfolgte Strategien fort. Sonderfall sind die Sowjetunion und Jugoslawien, die als Vielvölkerstaaten konzipiert waren und deren ethnische Inhomogenität in der sozialistischen Periode anwuchs. In ihnen stellen sich die Nationalitätenprobleme am schärfsten.

Nationalitätenkonflikte, hinter denen regionale oder nationale ethnische Homogenisierungsbestrebungen stecken, setzen zwei unterschiedliche Flüchtlingsströme in Bewegung: solche, die in Ländern Unterkunft finden, in denen die Migranten ethnisch zuhause sein können, und solche, die auf derartige Zufluchtsländer nicht zurückgreifen können. Zu den Migranten des ersten Typs zählen die deutschen Aussiedler aus Rumänien und der Sowjetunion. Von insgesamt 397 000 deutschen Aussiedlern im Jahre 1990 kamen 111 000 aus Rumänien; 150 000 stehen dort noch zur Abreise bereit. 148 000 Aussiedler kamen aus der Sowjetunion, 50 000 mehr als 1989 (Höhn u.a. 1990, 135-46). Die verschärften Einreisebestimmungen haben die Aussiedlerzahlen aus Polen 1990 gegenüber 1989 auf 134 000 halbiert.

Die Deutschen stellten neben den 200 000 hauptsächlich nach Israel ausreisenden Juden 1990 das Hauptkontingent der insgesamt etwa 400 000 Auswanderer aus der Sowjetunion. Die übrigen waren vor allem Griechen, die nach Griechenland und Armenier, die in die USA oder nach Frankreich wollten (Kusin 1991, 34). Die Besonderheit dieser Migrationen war bisher, daß sie sich relativ kontrolliert und geplant vollzogen.

Weniger kontrolliert und abgefedert vollzog sich bereits 1988 die Massenemigration bulgarischer Türken, nachdem die Regierung Todor Zivkovs sie - aber auch die bulgarischsprachigen Moslems, die Pomaken - vor die Alternative stellte, auszuwandern oder Bulgaren zu werden, d.h. christlich-bulgarische Namen anzunehmen und ihre Sprache nicht mehr zu benutzen. Türkische Rundfunksendungen, Zeitungen und Schulen waren schon in den sechziger Jahren beseitigt worden. Die Türkei konnte die 300 000, die ins Land kamen, nicht verkraften. Der Exodus schuf andererseits der bulgarischen Landwirtschaft erhebliche Schwierigkeiten, die auch durch eilends angeworbene Vietnamesen nicht behoben werden konnten. Die schwer erträglichen Bedingungen in der Türkei veranlaßten dann jedoch etwa die Hälfte der Ausgewanderten zur Rückkehr nach Bulgarien. Dort hatten aber inzwischen Bulgaren ihren Platz eingenommen. Die ethnisch gemischten Regionen wurden so zu akuten Konfliktherden. Die weitere Entwicklung ist ungewiß. Es ist möglich, daß eine Verschärfung des politischen Klimas den Flüchtlingsdruck auf die Türkei wieder erhöht (Perry 1991).

Eine weitere Verschärfung der ethnischen Konflikte könnte fast überall in Osteuropa ähnliche Flüchtlingsströme in die »Heimatländer« auslösen: bei den Ungarn Siebenbürgens, der Vojvodina oder der Slowakei ebenso, wie bei den zwei Millionen Polen Litauens, Weißrußlands oder der Ukraine (Kusin 1991, 43). In der sowjetischen Karpato-Ukraine bzw. der Oblast Volyn leben etwa 163 000 Tschechen und Slowaken, die bisher allerdings keinen Emigrationswunsch gezeigt haben. Konflikte in der Sowjetunion könnten auch zu einer Fluchtwelle der 370 000 sowjetischen Bulgaren - davon 233 000 in der Ukraine und 90 000 in Moldawien - führen.

Sollten sich die Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion verstärken und zu einer ethnischen Entmischung führen, wären die Flüchtlingsströme allerdings zunächst überwiegend Binnenwanderungen. Einige finden bereits statt. So sinkt der Anteil von Europäern in Mittelasien nicht nur relativ wegen der höheren Geburtenrate der muslimischen Mittelasier, er sinkt auch absolut, da es inzwischen eine starke Abwanderungsbewegung gibt (Sheehy 1990). Die Unruhen in Dusanbe Anfang 1990, bei denen es 18 Tote gegeben hatte, führten zur Abwanderung von 23 000 Russisch-Sprachigen, darunter vielen Spezialisten. Das hatte zur Folge, daß wichtige gesellschaftliche Funktionen nicht mehr erfüllt werden konnten. So beeinträchtigte der Exodus den zivilen Flugverkehr in Tadshikistan, weil Piloten fehlten; das Heizkraftwerk von Dusanbe blieb kalt, weil die Heizungstechniker geflohen waren. Noch schlimmere Folgen hatte die Flucht der Russen aus der turwinischen ASSR (Jacobs 1990, 16).

Exemplarisch für die fluchtauslösenden ethnischen Konflikte war der aserbaidshanisch-armenische Konflikt um Nagorno-Karabach. Die meist in der Landwirtschaft beschäftigte aserbaidshanische Bevölkerung Armeniens floh fast ausnahmslos ins Nachbarland. Das gleiche galt für die meist zur Mittelschicht gehörenden Armenier Aserbaidshans, vor allem nach den Pogromen von Sumgait und Baku. Insgesamt wurden etwa 500 000 Menschen in Bewegung gesetzt (Jacobs 1990, 14). Dafür haben sich - eine Neuigkeit in der Region - ethnisch homogene Territorien herausgebildet.

Auf die Dauern gravierender könnten jedoch die Probleme jener Völker werden, die über keine eigenen Territorien verfügen. Ihre Flucht könnte sich häufig weitaus direkter nach Westeuropa richten. Paradigmatisch dafür ist die Lage der Zigeuner. Die demokratischen Umbrüche haben den in Osteuropa traditionellen Haß auf die Zigeuner in besonderer Weise - und dies selbst bei Intellektuellen - freigesetzt (Ionescu 1990a). Sie sind in allen osteuropäischen Ländern ein besonderes Aggressionsobjekt. In Nordböhmen griffen Punks und Skinheads bereits Anfang 1990 neben Vietnamesen auch Zigeuner an (Pehe 1990). Zigeuner befinden sich daher auch überdurchschnittlich häufig unter den Asyl begehrenden Flüchtlingen. Zu ihnen gehörte die Mehrzahl der 22 114 Jugoslawen, 8 341 Bulgaren und 35 345 Rumänen, die 1990 in Deutschland um Asyl nachsuchten (Kruse und Schurz 1991). Die Migration aus Rumänien hatte schon unter Ceausescu in einem solchen Maße begonnen, daß der Verdacht auftauchte, der Diktator wolle sich einer ungeliebten Bevölkerungsgruppe entledigen (Ionescu 1990b, 27). Nach dem Umsturz vom Dezember 1989 verwandelte sich diese Migration in einen Exodus, gegen den in den Zielländern Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, aber auch Bundesrepublik, Frankreich, Italien, die Schweiz, Österreich, Schweden, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Inhaber eines rumänischen Passes hatten zwar die Möglichkeit, ihr Land zu verlassen, aber sie fanden kaum noch eines, das sie legal betreten konnten (Ionescu 1990b, 29).

Da die Zigeuner statistisch nicht gesondert ausgewiesen werden, sind über ihre Zahl nur Schätzungen möglich. In Rumänien könnten etwa 2-3 Millionen leben, d.h. 10 Prozent der Bevölkerung (Ionescu 1990a). Etwa eine Million leben in Jugoslawien, 700 000 in Bulgarien, ebenso viele in Ungarn, 400 000 in der Tschechoslowakei. Die Zigeuner sind durchschnittlich schlechter ausgebildet als die übrige Bevölkerung, häufig sind sie Analphabeten, ihre Geburtenrate ist besonders hoch, die Lebenserwartung besonders kurz. Während in Bulgarien z.B die Kindersterblichkeit insgesamt bei 4 Prozent liegt, liegt sie bei den bulgarischen Zigeunern um 24 Prozent (Simonow 1990).

Das Elend der Zigeuner könnte auch andere Minderheiten ohne territorialen Bezugspunkt nach Westeuropa in Bewegung setzen. Das deutet sich etwa bei den sowjetischen Mes'cheten an, die 1989 Opfer eines Pogroms im usbekischen Fergana-Tal wurden. 60 000 von ihnen flohen aus Usbekistan. Der Empfehlung einer Sonderkommission des Obersten Sowjet der Sowjetunion entsprechend, zog ein

Teil von ihnen in ihre angestammten Wohnsitze in Georgien zurück, von wo sie durch Stalin 1944 deportiert worden waren. Dort wurden sie jetzt durch die inzwischen ansässigen georgischen Bewohner, die von der georgischen Nationalbewegung unterstützt wurden, wieder vertrieben. Nun wohnen sie über die RSFSR verstreut, oft in ländlichen Regionen außerhalb der Schwarzerde-Gebiete, aus denen die einheimische Bevölkerung ihrerseits in die Städte abgewandert ist. Die alte Zusammengehörigkeit aufrecht zu erhalten, ist in dieser Zerstreuung nicht mehr möglich. 5 000 bis 10 000 Mes'cheten wollen nun in die Türkei auswandern (Jacobs 1990, 14).

Abschirmung

Der Zusammenhang von aggressivem Rassismus, Ausländerpolitik und Migrationen ist oft dargestellt worden (Castles 1987, 5f, 178 ff). Der Vergleich mit der osteuropäischen Situation ermöglicht weitere Differenzierungen.

Die Auflösung der Kolonialreiche, die extensive wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich daran anschließenden Migrationsmechanismen führten dazu, daß alle westeuropäischen Industrieländer gezwungen waren, auf politischer und sozialer Ebene Mechanismen zur Verarbeitung der Immigrationen zu entwickeln. Neben den viel beklagten und auch politisch gefährlich bleibenden fremdenfeindlichen Strömungen, die auch politische Umsetzungen fanden, entwickelten sich »ausländerfreundliche« Tendenzen, die - sei es durch »Integration«, sei es durch die Bewahrung »kultureller Identitäten« - insgesamt eine Verbesserung der sozialen und ethnischen Lebensbedingungen der Immigranten anstrebten. Die westeuropäischen Bevölkerungen wurden nicht nur sichtbar »bunter«, es entstanden auch kulturell-politische Milieus, die das nationalstaatliche Assimilationsgebot wie eine gegenüber »fremden« Unterschichten bislang übliche feindselige oder verächtliche Diskriminierung bekämpften. Dank dieser Milieus waren offener Rassismus oder offene Xenophobie in Westeuropa weniger öffentlichkeitsfähig und mußten sich meist in scheinbar unschuldigen Formen verbergen. Seine Kulmination fand diese - in sich differenzierte - politische Strömung im Konzept der »multikulturellen Gesellschaft«. In ihm wurde nicht nur das in den Menschenrechtsbegriffen angelegte Gleichheitskonzept gegen das der Staatsangehörigkeit radikalisiert, es überführte den kulturellen Relativismus, der sich in den europäischen Geistes- und Sozialwissenschaften des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, in den politischen Diskurs.

Allerdings war diese Position, wie jeder Relativismus, nicht widerspruchsfrei denkbar. Das multikulturelle Toleranzgebot galt cum grano salis allein für die Erben des europäischen Imperialismus. Es als universelle Norm aufzustellen hätte bedeutet, in »Kulturimperialismus« oder »Eurozentrismus« zu verfallen. Gerade dadurch wurde die Trennung der europäischen Gesellschaften von jenen der Dritten Welt erneut geschärft. Die europäischen Außengrenzen blieben selbstver-

ständige Voraussetzung. Der Konflikt um die Integration thematisierte damit nicht nur - oder nur vordergründig - jene Grenze, er nahm Position zu den Ängsten, die sich mit massenhaften Einwanderungen verbanden.

Eine zweite Diskurslinie erschien entsprechend in der Vorstellung einer nach Europa vordringenden Immigrationswelle aus der »Dritten Welt«. Metaphorischen Ausdruck fand sie in Bildern von »Massen«, »Fluten«, »Überschwemmungen« u.ä. (vgl. Theweleit 1977, S. 289-293). In gleicher Weise wirkte der gebildete Begriff »Völkerwanderung«, der das Entsetzen über die Zerstörung des römischen Reiches durch germanische, hunnische, alanische, magyrische, mongolische usw. räuberische Wandervölker zitierte, bzw. die Bedrohung des Abendlandes durch die Sarazenen bei Tours oder die Türken bei Wien. Die Furcht, die hungrigen Bewohner der Dritten Welt könnten wie die Heuschrecken über die reiche Erste Welt kommen, sie leerfressen und kahl und öde zurücklassen, schwang unterschwellig in vielen Auseinandersetzungen mit. Mitschwingen konnte auch die Furcht des 19. Jahrhunderts vor der zerstörerischen Irrationalität der »Masse« (Moscovici 1984, 71-81).

Am ausführlichsten ist das Bild seit längerem auf konservativer Seite auf die Asylbewerber angewendet worden (Barkholdt 1981, 125-130; Ritter 1990). In jüngerer Zeit waren sie es, an denen sich die Furcht vor der Flut festmachte. Das Bild der von einem barbarischen Osten her nach Europa einflutenden Menschenmassen wurde durch die Grenzöffnungen gleichsam erneuert. Die seit 1987 anschwellende Asylbewegung erscheint so als »Vorhut einer möglicherweise gigantischen globalen Völkerwanderung, die aus der tödlichen Spirale von Geburtenexplosion, Umweltzerstörung und Hunger in der südlichen Erdhälfte wächst und Europa im Verlauf des 21. Jahrhunderts leicht unter sich begraben könnte, wenn nichts geschieht« (Hornung 1990, 85). Dabei stehen die Verräter schon im eigenen Land. Zur »Asyllobby« gehören nicht nur Kirchen, kirchliche und freie Wohlfahrtsverbände, Sozialpädagogen usw., sondern auch eine »unheilige Allianz« von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Sie seien »Interessenvertreter der freien Masseneinwanderung« (Hornung 1990, 86).

Angesichts der osteuropäischen und der sowjetischen Misere wird selbst die Gegenseite von Panik ergriffen. So sagte der Vorsitzende der Gesellschaft »Pro-Asyl« im Dezember 1990: Bisher habe er immer versucht, die Bevölkerung hinsichtlich allzu hoch gegriffener Flüchtlingszahlen zu beruhigen. Das habe aber nur bis vor zwei, drei Jahren gestimmt. Nun habe sich die Lage geändert. Da eine Abschottung nicht möglich sei, müsse man von einem Katastrophenszenario ausgehen:

»Ich denke, daß wir uns weltweit auf völlig neue Zusammenballungen von Menschen, von Minderheiten, von Völkern einrichten müssen. Die industrialisierten Zonen in der Welt - vor allem in der westlichen Hemisphäre - werden Zielgebiet einer in Zahlen nicht anzugebenden Flucht und Zuwanderung sein. Ich glaube, daß ein Modell künftig unsere Gesellschaft prägen wird: die - vielleicht illusionäre - Hoffnung von Millionen Menschen, in den Gebieten der Demokratie und der Hochindustrie noch eine Chance zum Überleben zu haben« (Leuinger 1990).

Bei diesen Gefahren wird der Begriff der Grenze, bzw. die Differenz von Innen

und Außen wichtig. Die oftmals nostalgischen Debatten um eine »europäische Identität« oder um »Mitteleuropa« erhalten einen handfesten Bezug. Das durch Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und die Beneluxländer vereinbarte »Schengener Abkommen« sieht nicht nur die Abschaffung der Grenzkontrollen und das freie Niederlassungsrecht vor, es verlangt auch eine Vereinheitlichung der Außenkontrollen und neue grenzübergreifende Polizeistrukturen (Stranner 1990). Diesem Abkommen sollen und wollen nicht nur die übrigen EG-Staaten, sondern auch die anderen west- und nordeuropäischen Staaten beitreten. Sollte es innerhalb der EG zu einer freien Beweglichkeit von Waren, Kapital und Arbeitskräften kommen, müssen die Grenzenregulationen vereinheitlicht werden (Melander 1987). Auch das Asylrecht bedarf einer entsprechenden Vereinheitlichung (Hahn/Böhm 1990; Kusin 1991, 42). Die europäischen Institutionen gewinnen ein größeres Gewicht (Weitz 1990).

In den Zollgrenzen aber verkörpert sich die europäische Identität: Sie definieren, was europäisch ist und was nicht. Die Definitionen kultureller Zugehörigkeit erhalten damit ihre mehrdeutige Brisanz. Auf der einen Seite soll der gesamte europäische Raum - auch mithilfe der EG - wieder hergestellt werden (Sobell 1990; Denitch 1990, 97-110), denn grundsätzlich geht die europäische Migrationspolitik davon aus, daß die Region voller Menschen sei. Eine weitere Zuwanderung wolle man auch von Osten her nicht haben (Linden 1990, 29-30). Daher auch diskutierte der Europarat am 24. Januar 1991 auf einer Sondersitzung in Wien, wie der befürchteten »Völkerwanderung« zu begegnen sei.

Die Definition der Ostgrenze kann also lebenswichtig werden. Die eine Extremposition läßt Europa an Oder und Böhmerwald enden, die andere verlegt die Ostgrenze an den Ural oder gar an den Pazifik. Die politischen Motive können quer zu kulturhistorischen Nostalgien liegen. Für die reichen Industrieländer der EG gehört Ostmitteleuropa nicht mehr zum richtigen Europa. Die Dämme müssen bereits ihm gegenüber gezogen werden. Eine ganz andere Grenze hingegen fordern Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen aber auch die baltischen Länder, Slowenien und Kroatien. Ihre politischen Umbrüche sollten gerade eine »Rückkehr nach Europa« einleiten. Der historische Bezug auf die »europäische Identität« korrespondiert mit der Hoffnung, der reiche Teil Europas werde bei der Beseitigung der Wirtschaftsmisere behilflich sein. Das katholisch-protestantische östliche Mitteleuropa hätte dafür wieder die Funktion, das zivilisierte Europa vor dem asiatischen Ansturm abzusichern. Das aber setzt eine Kooptation voraus (Sobell 1990; Meier 1991). Die Dämme werden also an der Grenze zum orthodoxen Europa, zu Rumänien, Bulgarien und der Sowjetunion errichtet.

Dieser Konzeption entsprachen Maßnahmen. Nachdem kurz nach Ceausescus' Sturz rumänische Flüchtlinge - überwiegend Zigeuner - nach Polen kamen, die von Betteln, Gelegenheitsarbeiten und kleinen Diebstählen lebten, verschärfte das Land die Einreisebedingungen. Polen ist der Genfer Flüchtlings-Konvention allerdings auch nach dem politischen Umschwung nicht beigetreten, es kann sich noch keine Aufnahme von Flüchtlingen leisten. Vor allem jedoch wurden Truppen von

der West- an die Ostgrenze verlegt. Die Regierung bereitete sich überdies auf den schlimmsten Fall vor, die Massenflucht aus der Sowjetunion. Bislang hat diese Massenflucht aber nicht stattgefunden. Von den vier Millionen, die 1990 ins Land kamen - gegenüber 1989 eine Steigerung um 67 Prozent - sind fast alle in die Sowjetunion zurückgekehrt (Kusin 1991, 42).

Auch die Tschechoslowakei wappnete sich. Anfang Dezember 1990 verstärkte sie ihre Grenzanlagen zur UdSSR und verlegte dorthin ihre bisher im Westen stationierten Grenztruppen. Der Einsatz von Schußwaffen für den Fall, daß die Flüchtlingsströme kommen, wird diskutiert (Kusin 1991, 37). In anderer Hinsicht ist die Tschechoslowakei allerdings liberaler als Polen. Das neue, am 1. Januar 1991 in Kraft getretene Flüchtlingsgesetz basiert auf der Genfer Konvention und den Protokollen von Bellagio, denen die Tschechoslowakei allerdings noch nicht beigetreten ist (Kusin 1991, 36-37). Im Dezember 1990 gab es 1 200 Flüchtlinge in vier böhmischen Lagern. Darüber hinaus sind bislang keine Flüchtlingsströme gekommen.

Auch Ungarn hat seine Grenzen zur Sowjetunion befestigt und Truppen von der Westgrenze dorthin verlegt. Seine Flüchtlingspolitik folgt spezifisch nationalen Bedürfnissen. Nach Ungarn kam zwar die größte Anzahl von Flüchtlingen, die meisten von ihnen sind jedoch Ungarn aus Siebenbürgen (Kusin 1991, 37). Um für sie eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, ist das Land schon im März 1989 der Genfer Konvention beigetreten. Dafür mußte es jedoch seine Hilfe auch auf die 100 bis 200 Flüchtlinge aus der Dritten Welt ausdehnen.

Gemeinsam verstehen sich Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn als europäischer Riegel gegen eine Zuwanderung von Osten. In diesem Sinne wird die Abwehr an der Grenze vereinheitlicht. Vor allem aber wollen die drei Länder erreichen, daß ihr Flüchtlingsproblem als europäisches Problem anerkannt wird und sie mit finanzieller Unterstützung aus dem Westen rechnen können (Weydenthal 1991).

Eine solche Begrenzung findet Widerspruch in Bulgarien, Rumänien, ja selbst in der Ukraine. Asien, aus dem die Invasionen immer kamen, beginnt erst an der russischen Grenze. Einer relevanten und traditionsreichen Strömung zufolge, gehört auch Rußland selbst zu Europa. Beim Bau des Hauses, das kein Flüchtlingslager sein soll, dürfte es nicht vergessen werden (Shurkin 1990).

Trotz aller kulturellen »europäischen« Diskurse entsprechen den unterschiedlichen Grenzbeziehungen »Europas« mithin soziale und diskursive Realitäten. Hinter dem Wohlstandsgefälle tauchen Unterschiede der politischen Selbstverständlichkeiten auf. Frankreich, Großbritannien, Deutschland oder Italien lassen sich als Zielländer für Migrationen sehen. Daß das bei den osteuropäischen Ländern nicht der Fall ist, liegt nicht nur an ihrer Armut. Sie befinden sich fast ausnahmslos auf dem Weg zu jener nationalen Homogenisierung, die sich das reiche Europa - gegen einige Widerstände - aufzugeben entschließt. Diese Differenz wird durch jene zweite, in der Europa und die Dritte Welt unterschieden werden, nicht widerlegt.

Literatur

- Agiros, Kostas (1991): Migration auf der Tagesordnung, in: *Die Tageszeitung* vom 26. Januar, S. 8
- Barkholdt, Bernhard (1981): *Ausländerproblem - eine Zeitbombe?* Berg am See (Vowinckel)
- Castles, Stephen (1987): *Migration und Rassismus in Westeuropa*, Berlin (Express)
- Chesnaïs, Jean Claude (1990): *Migrations from Eastern to Western Europe: Past (1946-1989) and Future (1990-2000)*, Paris (Conseil d'Europe)
- Denitch, Bogdan (1990): *The End of the Cold War. European Unity, Socialism, and the Shift in Global Power*, Minneapolis (University of Minneapolis Press)
- Donovan, Barbara (1989): Migration from the German Democratic Republic, in: *RFE - Report on Eastern Europe, Special Issue: The New Migrations*, 1. Dezember, S. 9-12
- Engels, Friedrich (1970): Die Lage der arbeitenden Klassen in England, in: *Marx-Engels-Werke*, Band 2, Berlin (Dietz)
- Fiedler, Teja und Beatrice Schlong (1991): Der Exodus der Albaner, in: *Stern*, 14. März, S. 18-27
- Gavrilov, Vera (1990): Postelection »Brain-Drain« Feared, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 30, 21. Juli, S. 1-5
- Hahn, Dorothea und Andrea Böhm (1990): Abwehr gegen Osten, in: *Die Tageszeitung*, 8. Dezember, S. 2
- Hornung, Klaus (1990): Sturm auf Europa - Eine Zeitbombe tickt. Die Einwanderungsbewegung, in: *Críticón*, No. 118, März/April, S. 85-87
- Höhn, Charlotte, Ulrich Mammey, Hartmut Wendt (1990): Bericht 1990 zur demographischen Lage: Trends in beiden Teilen Deutschlands und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 16. Jg., S. 135-205
- Ionescu, Dan (1990 a): The Gypsies Organize, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 26, 29. Juni, S. 39-44
- Ionescu, Dan (1990 b): The Exodus, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 45, 26. Oktober, S. 25-31
- Jacobs, Margot (1990): USSR Faces mounting Refugee Problem, in: *RFE/RL - Reports on the USSR*, 2. Jg., Nr. 38, 21. September, 14-18
- Joly, Daniel und R. Cohen (Hrsg.) (1989): *Reluctant Hosts: Europe and its Refugees*, Aldershot (Grover)
- Joly, Daniele und Clive Nettleton (1990): *Refugees in Europe*, London (The Minority Rights Group)
- Kosinski, Leszek A. (1969): Changes in Ethnic Structure in East-Central Europe, 1930-1960, in: *Geographical Review*, 59. Jg., S. 388-402
- Kosinski, Leszek A. (1971): Urbanization in East-Central Europe after World War II, in: *East European Quarterly*, 5. Jg., S. 279-301
- Kosinski, Leszek A. (1977): Demographic Characteristics and Trends in Northeastern Europe: German Democratic Republic, Poland, Czechoslovakia and Hungary, in: Huey Louis Kostanick (Hrsg.), *Population and Migration Trends in Eastern Europe*, Boulder, COLO (Westview), S. 23-48
- Körner, Heiko (1990): *Internationale Mobilität der Arbeit. Eine empirische und theoretische Analyse der internationalen Wirtschaftsmigration im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft)
- Kruse, Kuno und Birgit Schurz (1991): Neue Freiheit, neue Grenzen, in: *Die Zeit*, 15. Februar, S. 13-15
- Kubat, Daniel und Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (1981): Migration: Towards a New Paradigm: in: *International Social Science Journal*, 33. Jg., S. 307-324
- Kusin, Vladimir (1991): Refugees in Central and Eastern Europe: Problem or Threat? in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 2. Jg., Nr. 3, 18. Januar, S. 33-43
- Lavigne, Marie (1990): From Disguised to Open Unemployment, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 40, 12. Oktober, S. 37-41
- Leuinger, Herbert (1990): Interview mit Herbert Leuinger, in: *Die Tageszeitung*, 8. Dezember, S. 2
- Linden, Ronald (1990): in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 46, 31. November, S. 26-31

- Meier, Viktor (1991): Von Visegrád sieht man weit und auch auf Ungesagtes, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. Februar, S. 44
- Melander, George (1987): *The Two Refugee Definitions*, Lund (Raoul Wallenberg Institute)
- Moscovici, Serge (1984): *Das Zeitalter der Massen*, München (Hanser)
- Obman, Jan (1989): The Germans' Flight to the West via Poland and Czechoslovakia, in: *RFE / Report on Eastern Europe, Special Issue: The New Migrations*, 1. Dezember, S. 13-16
- Pehe, Jiri (1990): Racial Violence Increasing, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 20, 18. Mai, S. 14-18
- Perry, Duncan (1991): Ethnic Turks Face Bulgarian Nationalism, in: *RFE/RL - Report on Eastern Europe*, 2. Jg., Nr. 11, 15. März, S. 5-8
- Peterson, D.J. (1991): New Data Published on Employment and Unemployment in the USSR, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 2. Jg., Nr. 1, Januar, S. 3-4
- Ritter, Manfred (1990): *Sturm auf Europa - Asylanten und Armutsfüchtlinge - Droht eine neue Völkerwanderung?*, Mainz (Hase und Koehler)
- Sheehy, Ann (1989): 1989 Census Data on Internal Migration in the USSR, in: *RL - Report on the USSR*, 1. Jg., Nr. 45, 10. November, S. 7-9
- Sheehy, Ann (1990): Ethnic Muslims Account for Half of Soviet Population Increase, in: *RL - Report on the USSR*, 2. Jg., Nr. 3, 19. Januar, S. 15-18
- Shurkin, Vitaly (1990): *Großbaustelle Europa. Mit Riesenschritten ins gesamteuropäische Haus*, Bad König (Horizonte)
- Simonitsch, Pierre (1991): Sowjetdiplomaten warnen den Westen vor Millionen Zuwanderern, in: *Frankfurter Rundschau*, 6. Januar, S. 1
- Simonow, Simon (1990): 1990, The Gypsies: A re-emerging minority, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 21, 25. Mai, S. 12-16
- Sobell, Vladimir (1990): Eastern Europe and the European Community, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 8, 23. Februar, S. 45-48
- Stranner, Henri (1990): Accord de Schengen: Cinq pays de la CE veulent abolir toute formalité douanière, in: *Europa*, No. 5/6, S. 10-11
- The Russians are Coming, in: *The Economist*, 20. Oktober 1990, S. 11-12
- Theweleit, Klaus (1977): *Männerphantasien*, Band 1, Frankfurt am Main (Roter Stern)
- Weitz, Richard (1990): The Expanding Role of the Council of Europe, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 34, 24. August, S. 49-57
- Weydenthal, Jan de (1991): The Visegrad Summit, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 2. Jg., Nr. 9, 1. März, S. 28-32
- Yazdgerdi, Tom (1990): The Crime Epidemic, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 35, 31. August, S. 10-13